



Ausschuss für Schule und Bildung

29. Sitzung (öffentlich)

5. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:01 Uhr bis 14:53 Uhr

Vorsitz: Florian Braun (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

Sachstand Prävention von Messerattacken an Schulen

3

Vorlage 18/1262

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

Sachstand Prävention von Messerattacken an Schulen

Vorlage 18/1262

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlage)

Vorsitzender Florian Braun: Meine Damen und Herren! Mit Blick auf die Uhr möchte ich die Sitzung eröffnen. Wer der Sitzung auch außerhalb dieser Räumlichkeiten folgen möchte, kann dies gerne tun, da wir heute live gestreamt werden – ein herzlicher Gruß an diejenigen, die uns digital zugeschaltet sind.

Ich darf Sie herzlich begrüßen, die Abgeordneten, aber insbesondere unsere Sachverständigen. – Vielen Dank, dass Sie sich heute die Zeit nehmen, um uns als Gesprächspartner zur Verfügung zu stehen. Ihre Stellungnahmen dienen uns als Grundlagen für die Anhörung.

Wir werden Fragen der Fraktionen sammeln. Je konkreter Sie die Sachverständigen ansprechen, desto einfacher ist die Beantwortung. Grundsätzlich soll jede Fraktion es bei einer Frage pro Runde belassen. Ich darf die Sachverständigen bitten, bei den Antworten möglichst im Rahmen von drei Minuten zu bleiben.

Wenn es dazu keine Fragen und Anmerkungen gibt, darf ich eröffnen und um Fragen bitten.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Vielen Dank an die Sachverständigen, dass Sie hier sind und dass Sie die schriftlichen Stellungnahmen abgegeben haben.

Ich habe eine Frage an die drei Sachverständigen, die die schriftlichen Stellungnahmen abgegeben haben. Es wird teilweise davon berichtet, dass sich in der Dunkelfeldstudie zeigt, dass Jugendliche häufiger Messer bei sich tragen als noch in den 2010er-Jahren. Gleichzeitig ist im Jahr 2022 ein Anstieg von Taten mit Messern um 47 % auf 193 Taten festgestellt worden. Wie schätzen Sie die aktuelle Lage an Schulen ein? Welche Gewalterfahrungen haben die Lehrkräfte derzeit, und wie wird dies in Zukunft aussehen?

Claudia Schlottmann (CDU): Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme heute.

Ich habe eine Frage an Herrn Prof. Dr. Baumann: Könnten Sie uns anlehnend an Ihre schriftliche Stellungnahme erläutern, was aus Ihrer Sicht in der Präventionsarbeit an Schulen noch über das bereits Bestehende hinaus geleistet werden sollte?

Dilek Engin (SPD): Auch ich bedanke mich für unsere Fraktion für die eingegangenen Stellungnahmen und dass Sie heute die Zeit gefunden haben, um hierherzukommen.

Meine Frage geht an Frau Großmann, Frau Salomon und Prof. Baumann: Welche Präventionsmaßnahmen müssten aus Ihrer Sicht an den Schulen durchgeführt werden, und was erwarten Sie von der Politik? Wie muss die Politik reagieren, damit man präventiv handeln kann?

Ina Besche-Krastl (GRÜNE): Auch Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die eingegangenen Stellungnahmen.

In der ersten Runde würden wir an alle Sachverständigen – weil Sie in Ihren Stellungnahmen auf den Ordnungsrahmen an den Schulen vor Ort eingegangen sind – die Frage richten, ob es ratsam wäre, eine Beispiel-Schulordnung einzuführen? Wäre das ein sinnvoller Weg? Und falls ja: Was sollte diese Beispiel-Schulordnung umfassen?

Dr. Hartmut Beucker (AfD): An die Gutachter herzlichen Dank für Ihre Tätigkeit.

Meine Frage geht an Herrn Prof. Dr. Baumann. Unter Punkt 4 Ihrer Stellungnahme stellen Sie eine kritische Entwicklung im Bereich der Förderschulen fest. Gibt es dafür eine Erklärung? Sehen Sie die Gefahr, dass dies bei einer Aufgabe des Konzeptes der Förderschulen in den Allgemeinschulbereich diffundieren könnte?

Vorsitzender Florian Braun: Ich bedanke mich für die Fragen und eröffne die Antwortrunde. Wenn Sie einverstanden sind, gehen wir in der Reihenfolge der Platzierung vor und beginnen mit Frau Großmann.

Anna-Kathrin Großmann (Landeshauptstadt Düsseldorf): Ich würde zuerst gerne auf die Präventionsmaßnahmen eingehen. Vorweg: Ich bin Krisenbeauftragte der Schulpsychologie Düsseldorf. Aus dieser Sichtweise würde ich die Fragen beantworten.

Die Schulpsychologien in Deutschland bilden sogenannte Krisenteams aus. Das sind Schulteams zur Beratung, Gewaltprävention und Krisenprävention. Das ist auch ein Schwerpunkt meiner Arbeit.

Dass Krisenteams an Schulen etabliert werden, halte ich für eine zentrale Präventionsmaßnahme. Es ist auch eine Empfehlung, dies zu machen. Die Krisenteams bestehen aus verschiedenen Mitgliedern des Bereichs „Schule“: neben der Schulleitung auch Lehrkräfte, Sekretariat und anderes Schulpersonal.

Es ist die Aufgabe dieser Schulteams, sich präventiv mit auffälligen Schülerinnen und Schülern auseinanderzusetzen. Das heißt, sie sollen im Austausch mit Lehrkräften und Kollegium schon vor eskalativen Entwicklungen und Gewaltvorfällen in der Schule gucken, welche Schüler das Potenzial haben, sich krisenhaft zu entwickeln, und was die Schule diesen frühzeitig anbieten kann.

Zu der Frage, was die Politik tun kann: Diese Arbeit bedarf relativ viel Zeit. Die Schulmitarbeitenden machen dies während ihrer Arbeitszeit, und daran scheitert es auch oft, dass sich diese Schulteams bilden und aktiv zusammenkommen können.

Bei uns landen alle Krisenfälle aus den Schulen Düsseldorfs; das sind mehrere täglich. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Schulen, die eigene Schulteams vor Ort haben, viel handlungsfähiger sind. Die wissen um Verantwortungsbereiche und haben eine klare Rollenverteilung. Sie können einen anderen Blick darauf werfen als andere Schulen, die eher feuerlöschend agieren, nachdem es meistens schon zu Gewalttaten gekommen ist.

Eine Beispiel-Schulordnung sollte beides beinhalten: Zum einen braucht es klare Regeln, und auch Konsequenzen sollten festgelegt sein. Es sollte den Schülerinnen und Schülern transparent sein, was passiert, wenn sie bestimmte Regeln überschreiten. Auf der anderen Seite sollte auch berücksichtigt werden, was Schülerinnen und Schüler brauchen, um sich an der Schule wohlfühlen und damit auch ihre Grenzen respektiert werden. Beides muss sich darin wiederfinden.

Ich halte die Partizipation für einen wichtigen Faktor in der Gewaltprävention. Es ist wichtig, Schüler frühzeitig zu beteiligen, dass sie sich einbringen können, dass sie gesehen werden, dass sie den Schulalltag mitgestalten.

Andrea Salomon (Selbst & Bewusst): Vielen Dank, dass wir heute hier eingeladen wurden. Wir sind ausgebildete Polizeibeamte und Polizeitrainer und haben mit dieser Expertise beschlossen, dass wir auch dahin gehen möchten, wo die Probleme in erster Linie auftauchen. Vor diesem Hintergrund sind wir seit über zehn Jahren an Schulen aktiv. Diese buchen uns unter anderem zum Thema „Gewaltprävention“.

Wir können hier in erster Linie ein Stimmungsbild aus den Schulen wiedergeben, was die Schulen und die Lehrkräfte wahrnehmen. Im Vorfeld unserer Schulungen machen wir immer eine kleine Abfrage, welche Gewaltvorfälle es an der Schule gab und worauf wir insbesondere thematisch eingehen sollen.

Die Gewaltbelastung wird durchschnittlich als sehr hoch wahrgenommen. Es gibt jedoch ein Gefälle: von Gymnasien, an denen die Gewaltbelastung noch als einigermaßen akzeptabel wahrgenommen wird, bis hin zu Förderschulen, an denen die Gewaltbelastung als sehr hoch wahrgenommen wird. Dazwischen liegen die Hauptschulen, die Realschulen und die Berufskollegs.

Das betrifft insbesondere auch die mitgeführten Gegenstände, die ich nicht nur „Waffen“, sondern „unerwünschte Gegenstände“ nennen möchte. Das sind zum Beispiel auch Pfeffersprays, die nicht als Waffen klassifiziert sind, Farbspraydosen, Feuerwerkskörper, aber auch normale Deosprays, Haarsprays, die als „Flammenwerfer“ genutzt werden. Es gibt Butterfly-Messer, Schlagringe, Wurfsterne, Nunchakos – ein ganzes Potpourri an unerwünschten Gegenständen.

Die Schulen sind sich in diesem Zusammenhang auch sehr unsicher, ob sie Gegenstände überhaupt wegnehmen dürfen. Zum Teil werden Gegenstände nach unserem Dafürhalten unrechtmäßig, ohne eine Rechtsgrundlage weggenommen. Andere wiederum werden, obwohl eine Rechtsgrundlage bestünde, nicht weggenommen.

Die Schulen sind sich sehr unsicher, wie sie ihre eigene rechtliche Situation gestalten können, zum Beispiel im Rahmen der Hausordnung, die man als AGB der Schule durchaus inhaltlich ausgestalten kann, sodass man auch berechtigt wäre, Dinge wie Farbsprays, Pfeffersprays oder Ähnliches für den Unterrichtszeitraum zu konfiszieren.

Bei diesem Problem wünschen sich die Schulen mehr inhaltliche Unterstützung. Das heißt: Es existiert zwar sehr viel Schriftlage, aber die Schulen wünschen sich Unterstützung, das Ganze mit Leben zu füllen. Häufig existiert auch der Wunsch nach einer Beispiel-Hausordnung.

Guido Schenk (Selbst & Bewusst): Was kann man tun? – Unheimlich viel, da reichen die drei Minuten definitiv nicht aus. Der Wille, etwas zu tun, ist zumindest an den meisten Schulen sehr groß. Natürlich gibt es da auch Unterschiede, das hängt zum Teil an den Schulformen, zum Teil aber auch an den Personen.

Wir sehen bundesweit alle Schulformen und haben mit vielen Schulen in unterschiedlichen Bereichen, von Kleinkrisen bis zu großen Krisen, vom Alltagswahnsinn bis hin zu Amok-Verdachtslagen, zu tun gehabt. Grundsätzlich ist der Wille an den Schulen groß, aber es fehlt die Unterstützung.

Seien Sie mir nicht böse hier in dieser Runde, aber ich glaube, die meisten von Ihnen sind in dem Bereich schwer theoretisch unterwegs und haben wenig Praxiserfahrung. Daraus kann man Ihnen keinen Vorwurf machen – wir haben dafür in anderen Dingen keine Ahnung.

Aber ich glaube, man muss einfach den Praktikern mehr zuhören, um zu lernen, was tatsächlich vonnöten ist. Da bietet es sich an, ein paar Wochen in den Schulalltag zu gehen, um zu sehen, wo es hakt.

Das fängt bei den personellen Ressourcen an. Im Landtag sind die Fehlstellen auch hinreichend diskutiert worden. Es betrifft aber auch das fachliche Know-how. Lehrer können nicht alles wissen. Sie haben einen Bildungs- und Erziehungsauftrag, aber sie haben in erster Linie nicht den Auftrag, eine sichere Schule zu gestalten. Das obliegt in erster Linie der Schulleitung, aber selbst die Schulleitung ist auch nur ein Mensch, der nur das vermitteln kann, was er auch weiß. Wenn der Person das Know-how nicht zugespielt wird, dann kann sie das auch nicht umsetzen.

Zur technisch-organisatorischen Frage: Nordrhein-Westfalen ist da neben Berlin ein Paradebeispiel, wie schlecht es laufen kann. Es fehlt einfach an vielen Dingen, zum Beispiel an Räumlichkeiten oder an digitalisierter Ausstattung, die auch in der Krisenteamarbeit zum Teil notwendig ist.

Ich gebe Frau Großmann recht: Krisenteamarbeit ist sinnvoll und wichtig, und man möge diese bitte unterstützen. Denn nur wenn man die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung hat, kann man Krisenfälle so professionell abarbeiten, wie es erforderlich ist.

Es stellt sich auch die Frage, wie ich die Krisenteams außerhalb der Krisenzeit informiere. – Sie werden es nicht glauben, aber es gibt Diskussionen, ob man sich per WhatsApp bei einer Kollegin oder einem Kollegen melden darf, dass man einen Krisenfall an der Schule hat. Sie haben Angst, dass sie etwas falsch machen können. Es wird nicht mehr in der Praxis gedacht, sondern nur darüber, was ich alles falsch machen kann. Das ist in kleinen wie in großen Krisenfällen natürlich völlig verkehrt.

Ich glaube, die Politik kann sehr viel machen. Das hängt mit Geld zusammen, ohne Zweifel. Man muss ein bisschen mehr Geld und Man- und Womanpower reinbringen. Aber auch das fachliche Know-how muss entweder über Externe, über die Krisenteams NRW oder über schulpsychologische Beratungsstellen vielmehr nach vorne gebracht werden.

Im Übrigen: Der Notfallordner „Hinsehen und handeln“ ist super – in der Theorie.

Prof. Dr. Menno Baumann (Fliedner Fachhochschule Düsseldorf, University of Applied Sciences): Ich habe als Hintergrund einerseits 51 % Tätigkeit als Hochschul-lehrer, und mit den übrigen 49 % bin ich nach wie vor pädagogischer Praktiker. Von daher habe ich das Glück, sowohl die Stimmungsbilder als auch die Daten parallel betrachten zu können.

Bei Stimmungsbildern gibt es immer ein Problem. Seit 20 Jahren beobachten wir konsequent, dass das Stimmungsbild heißt: Vor zehn Jahren konnten wir unsere Arbeit noch tun, aber heute ist alles nur noch schrecklich. – Das haben die Stimmungsbilder vor 20 Jahren, vor zehn Jahren gezeigt, und auch heute zeigen sie das.

Wenn wir in die Daten hineingucken, dann muss man sagen: Die Gewalt durch Jugendliche und Kinder ist seit Mitte der Neunzigerjahre, wenn auch mit Wellen und kleinen Spitzen, ein stetig sinkendes Problem. Wir müssen im Vergleich zu Großbritannien oder den USA wahrnehmen, dass Deutschland in den letzten 30 Jahren offensichtlich nicht alles falsch gemacht hat, was den Umgang mit Gewalt angeht.

Nichtsdestotrotz muss man wahrnehmen, dass Schulen und Lehrkräfte mit Gewalt belastet sind. Was sind aktuell die Themen? – Ob das Thema „Messer“ das primäre Thema ist, möchte ich hinterfragen. Ich erinnere an den Top-Ten-Hit „Meine kleine Schwester“ der Gruppe „Spektacoolär“. Darin heißt es: „Sie ist meine Schwester und trägt ein Messer. Sie sagt, in der Schule sei so etwas besser.“

Dieser Song war 1997 in den Charts, und er war schon damals falsch, weil er schon damals den Eindruck vermittelt hat, ein Anfang 20-Jähriger guckt auf seine 16-jährige Schwester und ist erschüttert, was sich in den Schulen verändert hat. Das stimmte auch schon damals nicht.

Wir haben andere Themen. Zum Beispiel sehen wir im Moment sowohl in der subjektiven Wahrnehmung von Lehrkräften als auch in ersten Daten der Lehrgewerkschaft – keine Studie, nur Umfragewerte – Einschüchterungsversuche gegen Lehrkräfte über das Internet, aber auch persönlich. Dort steht vor allem die Tätergruppe der Eltern im Mittelpunkt. Diese Phänomene sollten wir nicht vergessen, nur weil wir gerade einen medialen Fokus auf ein anderes Phänomen legen, das, wie gesagt, auch vor zehn Jahren schon genauso problematisch war.

Schule ist der dritthäufigste Tatort, an dem jugendliche Opfer von Gewalt werden. Das müssen wir wahrnehmen. Der häufigste Tatort ist die Familie, der zweithäufigste sind Diskotheken und Clubs. Schule ist also ein Tatort.

Zur Präventionsarbeit: Alles, was spezifisch versucht, dieses Thema durch mehr Kontrolle einzudämmen, hat sich in internationalen Studien als wenig effektiv erwiesen. Gezeigt hat sich, dass die Verbesserung von Lebenswelten die effektivste Strategie ist. Das gilt insbesondere für die Opfer von Gewalt.

Wir haben in unserem Schulsystem zu wenig Blick auf die Opfer von Gewalt. Wir versorgen die Opfer von Gewalt zu wenig. Die Dunkelfeldstudien, die ich in der Stellungnahme erwähnt habe, zeigen, dass jugendliche Opfer verstärkt Messer bei sich tragen. Hauptrisikofaktoren dafür sind – neben Substanzenkonsum und Schuleschwänzen –

eigene Gewalterfahrungen und das Gefühl, nicht ausreichend geschützt worden zu sein.

Vor Kurzem hat ein Kollege aus Münster in einer Lebenszeitprävalenzstudie zeigen können, dass sich die Erziehungsarbeit zur Klassenlehrkraft als ein ganz wichtiger Schutzfaktor vor Gewalt insgesamt zeigt.

Gewalt ist immer auch Kommunikation. Die wenigste Gewalt findet durch Zufall als spontan entzündete Eskalation von einem einseitigen Täter statt, sondern Gewalt ist immer ein Kommunikationsprozess. Ich bin daher der Meinung, dass es ein wichtiges Thema wäre, Deeskalationskompetenzen in der Lehrerschaft aufzubauen.

Ich habe eben in einem Nebensatz gesagt, dass Schuleschwänzen ein wichtiger Risikofaktor ist. Dementsprechend trägt alles, was in Richtung Bildungsgerechtigkeit, Bildungserfolg und Schulabsentismusprävention geht, zu einer Reduktion von Gewalt bei. Das hat eine Studie von 2009 vom kriminologischen Forschungsinstitut in Niedersachsen sehr schön an einer Stichprobe von jungen Menschen mit türkischem Migrationshintergrund der sogenannten zweiten Generation auch nachweisen können.

Zur Beispiel-Schulordnung: Aus organisationspsychologischer Sicht würde ich persönlich davon abraten, die Kompetenz und die Partizipationsmöglichkeiten einzelner Schulen weiter einzuschränken. Denn der Lebensraum „Schule“ lebt auch von Gestaltungsspielräumen. Ich kann aber Richtlinien wie zum Beispiel eine Beispiel-Gliederung geben. Ich habe mehrfach solche Prozesse in Modellprojekten begleitet, und ich finde, die Entwicklung einer Schulordnung ist für ein Kollegium ein identitätsstiftender Faktor, der große Kompetenzen bildet.

Zu den Förderschulen: Ich habe nicht festgestellt, dass Förderschulen ein besonderes Problem sind. Ich habe festgestellt, dass Förderschulen der einzige Ort sind, für den wir einigermaßen belastbare Daten haben.

Ich persönlich würde mir ein Monitoring für Gewalterfahrungen von Lehrern wünschen, damit wir schnell reagieren können. Wir haben schlicht zu wenig Daten, und eine Einmalabfrage ist da wenig hilfreich. Wenn ich korrekte Daten haben will, müsste ich das über einen längeren Zeitraum beobachten.

Nichtsdestotrotz wissen wir, dass Förderschulen Orte sind, an denen Gewalt ein Problem ist. Das liegt in der Logik der Sache – auch durch die Ballung von Problemlagen zum Beispiel in Bezug auf die soziale, emotionale Entwicklung. Aggressions- und Gewaltprobleme sind zwei der Hauptgründe für die Aufnahme an Förderschulen.

Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung: Wir wissen, dass es auch psychische und kognitive Beeinträchtigungen gibt, die mit mangelnder Impulskontrolle einhergehen. Wir wissen auch, dass wir an den Förderschulen „Lernen“ eine Reihe versteckter Verhaltensprobleme haben, die aber einem anderen Förderschwerpunkt zugeordnet werden, weil es gar keine Kapazitäten in den entsprechenden Spezialschulen gibt. Von daher ist die Ballung von Problemlagen eine der Ursachenfaktoren.

Zur Frage, ob eine Aufgabe des Konzeptes „Förderschule“ die Gewalt an andere Schulen überschwappen ließe: Das ist tatsächlich in vielen Ländern eingehend untersucht worden. Dazu haben wir Daten aus Finnland, Schweden, den USA und auch aus Deutschland.

Demnach würde die Gewalt nicht überschwappen, da dadurch die Problemballung aufgehoben werden würde – wenn die Schulen erstens ausreichend strukturell aufgestellt sind, sodass sie den Neuanforderungen, die Inklusion zwangsweise mit sich bringt, auch gewachsen sind.

Zweitens gibt es kein Land auf dieser Welt, das nicht für Menschen mit extremer Aggressionsbelastung Parallelsysteme geschaffen hat. Wir brauchen Systeme für Menschen, von denen temporär aufgrund verschiedenster, meistens biografischer Erfahrungen Gefahrenmomente ausgehen, die ohne Weiteres nicht zu handhaben sind.

Das heißt, eine Auflösung des Systems der Förderschulen wäre aus gewaltpädagogischer Sicht durchaus ein wünschenswerter Vorschlag – wissend, dass man dann andere Strukturen braucht, die mit sehr problematischen Personen, auch Intensivstraf Tätern umgehen können. Da bräuchten wir also andere Strukturen und nicht bloß eine Transformation in ein Regelschulsystem.

Vorsitzender Florian Braun: Ich darf die Abgeordneten um eine zweite Fragerunde bitten.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Die zweite Frage meiner Fraktion bezieht sich auf die Rechtsgrundlage, auf der Lehrer entsprechende Maßnahmen durchführen können. Eben wurde die Frage gestellt, ob eine Beispiel-Schulordnung sinnvoll sein könnte. Meine Frage: Muss daneben auch noch das Schulgesetz ergänzt werden, weil wesentliche Punkte, die in einer Verordnung geregelt werden müssten, ohne Weiteres rein rechtlich gar nicht geregelt werden können? Denn eben wurde auch gesagt, dass Lehrern teilweise die Sicherheit fehle und sie Angst hätten, über das Ziel hinauszuschießen. Diese Frage richtet sich an Herrn Schenk.

Claudia Schlottmann (CDU): Herr Schenk, Sie haben vorhin gesagt, der Notfallordner sei super in der Theorie. Wie müsste er denn aussehen, damit er in der Praxis auch super wäre? Diese Frage wollten Sie provozieren, und deshalb wollte ich sie Ihnen auch gerne stellen.

Dilek Engin (SPD): Frau Großmann, Sie haben gesagt, dass man an den Schulen mehr Zeit für das Personal benötige. Wie können wir dem Personal mehr Zeit verschaffen?

Noch eine allgemeine Frage: Schülerinnen und Schüler kommen nicht in die Schule und sind von 8:00 bis 16:00 Uhr gewalttätig, sondern im Vorfeld passiert ja etwas mit den Kindern. Welche Aufgaben der Prävention müssen gesamtgesellschaftlich angegangen werden? Wie können wir den Schülerinnen und Schülern im Vorfeld helfen? Braucht man noch andere Professionen an den Schulen? Muss man den Familien anders helfen?

Gönül Eglence (GRÜNE): Ich würde Frau Großmann gerne etwas präziser zu den Schulteams befragen, die Sie empfehlen. Können Sie konkretisieren, wie sich solche

Schulteams zusammensetzen sollten aus Ihrer Sicht? Wer sollte diese bilden, und welche Aufgaben sollten sie konkret haben?

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Prof. Dr. Baumann. Unter Punkt 2.1 Ihrer Stellungnahme sprechen Sie von einer Verbesserung der Jugendarbeit und dem Abbau von Feindbildern. Könnten Sie zu dem Abbau von Feindbildern noch etwas sagen?

Vorsitzender Florian Braun: Ich habe für alle Sachverständigen Fragen notiert. – Frau Großmann, wollen Sie wieder beginnen?

Anna-Kathrin Großmann (Landeshauptstadt Düsseldorf): Bei den Schulteams empfehlen wir je nach Größe der Schule einen Kreis von fünf bis sieben Personen, damit diese mobil und handlungsfähig bleiben. Sie sollten auf jeden Fall die Schulleitung beinhalten, weil diese bei ganz vielen Punkten entscheidungsfähig ist. Wir empfehlen auch die Schulsozialarbeit in diesem Team, aber auch Personen wie Hausmeister oder Sekretariatskräfte, die über Räumlichkeiten, Schlüssel und technisches Know-how verfügen.

Diese Schulteams können sich eigenständig an Schulen bilden und theoretisch an Fortbildungsangeboten teilnehmen. Die schulpsychologischen Beratungsstellen unterstützen aber auch die Bildung dieser Teams, das heißt, die Schulpsychologien bilden diese Teams aus – sowohl in der Praxis als auch in der Theorie.

Wir bieten entsprechend krisenspezifische Theorieseminare zu verschiedensten Krisen an – sowohl zu zielgerichteter Gewalt, aber auch zu Suizidalität oder Selbstverletzungen. Das sind alles Themen, mit denen sich diese Krisenteams beschäftigen sollen. Nebenbei gibt es eine praktische Ausbildung. In dieser machen wir vor Ort an den Schulen mit den Teams Fallbesprechungen und leiten im Krisenmanagement an.

Dazu gehört auch, dass wir den eben genannten Notfallordner anschauen. Dieser ist in Schulen oft in der Theorie bekannt, aber wir stellen fest, dass viele Schulen gar nicht wissen, wo dieser Notfallordner steht und wie er digital zugänglich ist.

Der Notfallordner ist das A und O des Krisenmanagements in Schulen. Er kann richtig gut genutzt werden, da in ihm ganz präzise praktische Empfehlungen stehen, die den Schulen helfen, mit mehr Sicherheit durch ein Krisenmanagement hindurchzugehen. Er beinhaltet Anleitungen für den Umgang mit krisenhafter Gewalt an Schulen und beantwortet die Frage, was eine Schule konkret machen muss.

Aber so schön er ist, ist er nichts wert, wenn er nicht auch benutzt wird. Im Rahmen der Ausbildung gibt es eine entsprechende Auseinandersetzung mit dem Notfallordner und neuerdings, seit Mai, auch mit der Präventionsbroschüre. Diese ist praxisorientiert und geht so weit, dass sie sogar Wortformulierungen für bestimmte Fälle vorgibt.

In diesem Prozess können Schulen begleitet werden. Wir erleben Krisenteams als ein gutes präventives Werkzeug. Mit ihnen werden Schulen handlungsfähiger, sind Schulen

besser aufgestellt, was bestimmte Themen angeht. Die Schulen wissen dann, wer was tut, und kennen den Notfallordner.

Ein Schwerpunkt dieser Krisenteams ist es, den roten Faden in Krisen zu halten und auch präventiv Kooperationen zu schaffen: Kooperationen mit der Polizei, mit Beratungsstellen, mit Jugendämtern, mit allem, was in der Krisenarbeit selbst hilfreich sein kann.

Zur Frage des Zeitkontingents: Oft scheitert die Bildung der Krisenteams am fehlenden Zeitkontingent. Denn diese Aufgabe, sich regelmäßig zusammenzusetzen und sich präventiv auffällige Schüler anzuschauen, ist on top. Dafür braucht es Zeit, denn das findet ansonsten oft nach dem Unterricht statt, und das sorgt dafür, dass die Bereitschaft, sich im Krisenteam zu engagieren, gering ist.

Die Krisenteams, die ich ausgebildet oder begleitet habe, treffen sich etwa einmal im Schuljahr. Das halte ich definitiv für viel zu selten, um fit und handlungsfähig zu sein. Das müsste deutlich häufiger sein, und dafür brauchen die Mitglieder des Krisenteams Zeitkontingente und zeitliche Kapazitäten.

Es gab noch eine Frage zum Personal. Eine zentrale Rolle an Schulen, was die Gewaltprävention angeht, würde ich der Schulsozialarbeit zuordnen. Die gibt es auch oft an Schulen, allerdings fängt oft eine Stelle der Schulsozialarbeit ganz viel ab. Das können sie aber gar nicht alles leisten, selbst wenn sie von Beratungsstellen unterstützt werden.

Die machen einen super Job und können ganz viel tun, nämlich den Schülern den Raum zu geben, gesehen zu werden in ihren Bedürfnissen, in sich anbahnenden Konflikten. Sie können Ansprechpartner sein und gucken, wo man außerhalb der Schule anbinden und wie man einen runden Tisch einberufen könnte. Sie kooperieren auch viel mit Jugendamt und den Familien.

In diesem Bereich, finde ich, könnte die Politik mehr Stellen schaffen. Es braucht viel mehr Schulsozialarbeit an den Schulen. Das ist ein unglaublich wichtiger Job, den die Lehrkräfte nicht nebenbei leisten können. Ich würde der Schulsozialarbeit einen hohen Stellenwert beimessen.

Guido Schenk (Selbst & Bewusst): Ich möchte das, was Frau Großmann zum Schluss gesagt hat, definitiv unterstützen. Was die Schulsozialarbeit angeht, werden Sie in jeder Schule offene Türen einrennen. Wenn man glaubt, dass man mit einer Schulsozialarbeit an einer Schule mit vielleicht 1.000 Schülern ausreichend ausgestattet ist, dann sollte man einmal sechs Wochen eine solche Schule begleiten. Dann wird man feststellen, dass das nicht der Fall ist.

Stichwort Haus- und Schulordnung in Kombination mit dem Notfallordner: Das habe ich gar nicht so provokativ gemeint. Es war eigentlich nur der Hinweis darauf, dass ich den jetzigen Notfallordner „Hinsehen und handeln“ deutlich besser als seine Vorgänger finde. Klar, es wird alles evaluiert und es muss alles verbessert werden – ohne Zweifel.

Der Notfallordner ist unheimlich dick. In ihm stehen viele Handlungsempfehlungen und Checklisten und Beratungshinweise. Der ist in vielen Fällen gut, hilft aber nicht in der akuten Krise.

Wenn wir mit schulischen Krisenteams arbeiten und zum Beispiel Planspielübungen machen, dann haben sie gerade in der ersten Phase einer Krise, in der es chaotisch zugeht und viele Dinge auf einmal zusammenkommen, nicht die Chance, einen dicken Notfallordner mit mehreren hundert Seiten herauszuholen, die passende Fundstelle zu der entsprechenden Krise zu finden und in aller Ruhe durchzugehen.

Denn heutzutage ist es anders als vor 20 Jahren. Heutzutage haben Sie mit der Krise auch sofort die Presse vor der Tür, und auch die Eltern, die Lehrer und die Mitschüler wollen etwas wissen.

Damit man kompetent agieren kann, ist es wichtig, vor die Lage zu kommen. Das bedeutet, vorher darüber nachzudenken, wie das funktionieren kann. Aus unserer Sicht sind dafür Checklisten absolut geeignet – die fehlen in gewissen Umfang noch in diesem Notfallordner. Ansonsten ist der Ordner eine ganz gute Hilfestellung, der aber für die praktische Umsetzung noch deutlich optimierbar ist.

Zur Haus- und Schulordnung und zu dem, was das Schulgesetz hergibt: Wir sind absolute Befürworter von einer deutlich ausgestalteten und rechtskonformen Haus- und Schulordnung im Hinblick auf den Umgang mit Waffen und gefährlichen Gegenständen im Schulalltag.

Ich gebe Herrn Prof. Dr. Baumann recht. Wenn man gewisse Dinge vorgibt, schränkt man mit Sicherheit die Integrität und die Individualität der Schulen deutlich ein. Auf der anderen Seite ist es aber unserer Erfahrung, dass sich im gesamten Bundesgebiet viele Schulleitungen, die verantwortlich für ihre Schule sind, einen gewissen Leitfaden wünschen, an dem sie sich orientieren können.

Denn das sind Fachleute für Bildung und Erziehung und keine Fachleute für den Umgang mit Gewaltvorfällen und Dingen, die verboten sind. Darüber könnte vielleicht eher ein Jurist eine Aussage treffen, aber keine Pädagogin und kein Pädagoge. Deswegen wäre das schon ganz gut – das hat nichts mit Einschränkung der Integrität einer Schule zu tun.

Ich glaube, Sie tun gut daran, den Schulen etwas mehr mitzugeben als nur auf das Schulgesetz zu verweisen, das sehr offen gestaltet ist. Es gibt übrigens Schulgesetze im Land, beispielsweise in Niedersachsen und Bremen, die deutlich detaillierter im Bereich „Umgang mit Waffen und unerwünschten Gegenständen“ sind. Da besteht noch ein bisschen Optimierungsbedarf.

Prof. Dr. Menno Baumann (Fliedner Fachhochschule Düsseldorf, University of Applied Sciences): Ich stimme dem, was Herr Schenk, gerade gesagt hat, zu. Das subjektive Sicherheitsgefühl von Lehrern wird auch wesentlich durch die Art und Weise beeinflusst, wie Medien mit solchen Vorfällen umgehen. Das Mediengewitter und manchmal auch -getwitter ist allgegenwärtig. Wenn heute in Süddeutschland ein Schüler eine Lehrerin mit Säure angreift, dann steht das morgen in Flensburg in der Zeitung. Das war einmal anders, wie wir wissen.

Ich möchte noch einmal unterstreichen: Einen Rechtsrahmen muss man kennen. Das ist wichtig. Ich habe einmal eine Krisensupervision geleitet. In diesem Fall ist eine Lehrerin von einem Schüler schwer verletzt worden. Es waren fünf Erwachsene im Raum, und alle fünf waren der Meinung, sie dürften den Schüler nicht anfassen.

Dazu muss man sagen: Dann kennen die Kollegen – abgesehen davon, dass ich das menschlich nicht ausgehalten hätte – schlicht und ergreifend die Rahmenbedingungen nicht. In diesem Bereich müssten wir schulen.

Das gilt für den Notfallordner ganz genauso. Das wäre ein wunderbares Instrument, wenn er regelmäßig geschult werden würde, sodass er in Notfällen auch zur Verfügung steht. Nachlesen kann ich im Notfall naturgemäß nicht. Das ist wie in der Ersten Hilfe: Wenn ich die stabile Seitenlage nicht regelmäßig übe, habe ich sie nicht präsent.

Zu den gesamtgesellschaftlichen Bedingungen: Schulsozialarbeit ist eine gute Idee. Aber dazu sollten wir noch einmal über Konzepte reden. Schulsozialarbeit nur mit Stellen an den Schulen zu kitten, ist ein erster Schritt. Aber ich stelle infrage, dass die Schulleitung immer der beste Vorgesetzte für einen Schulsozialarbeiter ist. Die Frage ist, ob wir nicht auch Arbeitskreise für Konzeptentwicklung in der Schulsozialarbeit bräuchten.

Gesamtgesellschaftlich haben wir eine problematische Entwicklung, die die Armutsbedrohung betrifft, die Wohnungsnot betrifft. Im Moment ziehen wieder verstärkt Familien mit mehreren Kindern in viel zu kleine Wohnungen. Die soziale Brennpunktbildung, die wir seit Jahren – auch erfolgreich – bekämpft haben, nimmt im Moment wieder Fahrt auf.

Das sind gesamtgesellschaftliche Probleme, die die Schule nicht ausbaden kann, aber die auf die Schulen zukommen. Armut, Wohnungsnot, Perspektivlosigkeit, Ausgrenzung sind Risikofaktoren für familiäre Gewalt, und das zieht dann auch nach.

Es ist meine dringende Empfehlung, Schulen in die sozialräumliche Infrastruktur der jeweiligen Stadtteile und Quartiere einzubinden – inklusive der Verstärkung der Kooperation zum Beispiel mit den Jugendämtern, mit den zuständigen Jugendkontaktbeamten. Schulen müssen mehr gedacht werden.

Kooperationen mit Jugendzentren – wir haben Schulen in Deutschland, in denen Jugendzentren in den Schulgebäuden sitzen. Das ist eine wunderbare Erfindung, denn so steht Schülern plötzlich der offene Ganztags zur Verfügung, die ansonsten ausgeschlossen wären, weil ihre Eltern das Schulgeld nicht bezahlen können oder weil sie früher von der Schule nach Hause geschickt werden, da sie keine sechs Stunden Unterricht schaffen. So steht gerade diesen Schülern, die dringend soziale Angebote brauchen, der Ganztags zur Verfügung. Man kann eine Menge machen, wenn man Schulen anders in Stadtteile einbindet.

Wir wissen aus der Forschung: Wenn es einen Punkt gibt, der die Wahrscheinlichkeit von Straffälligkeiten und Rückfälligkeiten von Straftätern senkt, dann ist das eine Perspektive im Bildungs- und Berufssektor. Ich kann aus Praxisprojekten berichten, dass wir hervorragende Erfahrungen damit gemacht haben, Jugendliche nach Gewaltvorfällen nicht zu suspendieren, sondern zum Beispiel in Praktikumsbetriebe zu vermitteln. Das geht zum Beispiel im Rahmen von Kooperationsprojekten mit der Jugendhilfe. In der Regel sind dafür kleine Handwerksbetriebe besser geeignet als große Fabriken. Diese

Betriebe muss man dann auch bezahlen, weil sie weniger Aufträge abarbeiten können, solange sie diese Bengel am Fuß haben.

Diese Jugendlichen kommen anders wieder in die Schule, während ein Jugendlicher, der aufgrund einer Klassenkonferenz 14 Tage zu Hause sitzt, nicht wieder anders in die Schule kommt. Der hat dann sogar noch mehr Medienkonsum gehabt und noch mehr Jugendliche kennengelernt, die auch nicht zur Schule gehen.

Abbau von Feindbildern: Wir beobachten in der Gewaltforschung mit etwas Sorge, dass wir auch in Deutschland eine Anonymisierung von Gewalt erleben – bezüglich Menschen, die aufgrund ihrer beruflichen Rolle angegriffen werden. Zum Beispiel sehen wir das im Rettungswesen. Das trifft Rettungssanitäter oder Feuerwehr. Das betrifft in Einzelfällen auch Lehrkräfte und zum Teil die Polizei.

Das hat etwas mit der sozialen Vernetzung unserer Gesellschaft zu tun. Segregation habe ich gerade schon einmal als einen Faktor in unseren Städten genannt. Die Frage lautet: Wen kenne ich? – Ich greife keinen Rettungswagen an, wenn der Vater meines Kumpels Notarzt ist.

Das trifft aber in den Brennpunktquartieren, in denen sich Armut ballt, nicht mehr zu. Dort ballt sich Armut auch ganz bewusst. Das ist noch nicht so stark wie in den Banlieues in Frankreich, aber es ist bei uns doch mehr Abgrenzung innerhalb der Städte wahrnehmbar.

Es stellen sich die Fragen: Wann erlebe ich die Polizei? Wen kenne ich von der Polizei? – Die Lösung heißt Kontakt, gemeinsame Aktionen, Präsenz, Beziehungsarbeit, auch wenn das keine Freundschaftsbeziehungen werden. Aber wenn ich den Jugendkontaktbeamten oder den Polizisten kenne, weil ich irgendwann einmal gegen eine Mannschaft der Polizei Fußball gespielt habe, dann ist die Hemmschwelle, morgen gegen diese Menschen auf anonymen Ebene vorzugehen, eine andere, als wenn ich solche Institutionen immer nur als repressiv erlebe oder als anonymes Bild sehe. Auch da kann die Vernetzung im Sozialraum eine Menge Positives bewirken.

Vorsitzender Florian Braun: Herzlichen Dank. – Mit Blick auf die Uhr bleibt noch Zeit für weitere schnelle Fragen und möglichst kurze Antworten, da wir im Anschluss gleich die nächste Anhörung haben. Ich bitte dafür um Verständnis.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Ich habe noch eine Frage an alle Sachverständigen: Gibt es Studien zur Gewalterfahrung von Lehrkräften und zu Lösungswegen in Europa?

Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE): Nur eine Frage an Prof. Baumann: Wie kann die Unterstützung von jungen Menschen, aber auch von Lehrkräften mit Gewalterfahrung in der Praxis und konkret in der Schule aussehen?

Vorsitzender Florian Braun: Ich sehe keine weiteren Fragen. – Dann gehen wir wieder in die Antwortrunde.

Anna-Kathrin Großmann (Landeshauptstadt Düsseldorf): Ich kann keine solche Studie aus dem Stegreif benennen.

Guido Schenk (Selbst & Bewusst): Es gibt zu Workplace Violence reichlich Studien, aber explizit europaweite Studien über Gewalt an Schulen sind mir nicht bekannt.

Prof. Dr. Menno Baumann (Fliedner Fachhochschule Düsseldorf, University of Applied Sciences): Wir haben ein paar Daten aus dem Bereich des Förderschulwesens, durchaus auch aus der Schweiz und aus Österreich. Diese zeigen, dass die häufigste Form der Gewalt die Beleidigung ist. An zweiter Stelle folgt die Drohung, an dritter Stelle folgt, wenn man sich in einen Konflikt unter Jugendlichen einmischt und auf diese Weise beteiligt wird. Die seltenste Form ist der direkte Angriff auf die Lehrkraft. Das ist eine Abstufung.

Wenn ich mir die Zahlen angucke, gehe ich davon aus, dass Lehrkräfte in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeiten häufiger von Gewalt betroffen sind als das für Workplace Violence über den gesamten Wirtschafts- und Berufsbereich der Fall ist. Ich würde vermuten, das ist ähnlich wie bei Sozialarbeitern oder bei Rettungskräften. Aber das ist eine subjektive Vermutung, begründet auf das, was ich aus Studien kenne, auf das, was ich selber als Förderschullehrer erlebt habe und auf das, was ich heute als pädagogischer Praktiker in der Aufarbeitung von Gewaltvorfällen sehe.

Zur Unterstützung der Opfer: Das Erste, was ein Mensch, der Gewalt erfahren hat, braucht, ist erst einmal emotionaler Support. Ich muss mich setzen dürfen, ich muss wütend sein dürfen. Ich muss eine Opfererfahrung gemacht haben dürfen.

Wir sind – gemäß dem fachlichen Diskurs, gemäß meinem Verständnis und gemäß unseren Forschungen zum Thema „Mitarbeitersicherheit“ – zu schnell in der fachlichen Aufarbeitung von Vorfällen. Wenn ein Mitarbeiter nach einem Gewaltvorfall am nächsten Tag einen Bericht abgeben soll, dann ist das nicht sinnvoll, denn er ist noch sehr emotional.

Er braucht zunächst einmal Gesprächsangebote. Nach spätestens drei Tagen weiß ich, ob sich ein Problem entwickelt, das professionell durch externe Supervision oder durch eine traumaspezifische psychotherapeutische Intervention versorgt werden muss. Wenn ich das getan habe, kann ich in die fachliche Aufarbeitung gehen.

Ich glaube, wir gehen zu schnell nach Gewalt wieder in den Alltag über. Wir haben zu wenig Struktur für die saubere Aufarbeitung im Bereich der niedrigwelligen Delikte – nicht im Bereich der schweren Vorfälle. Wenn ein Messer gezogen wird, haben wir eine andere Situation.

Es stellen sich die Fragen: Muss ich Beleidigungen oder Bedrohungen, gerade wenn sie von Elternseite kommen, einfach hinnehmen, oder habe ich ein Recht darauf, betroffen zu sein, oder wird mir nur gesagt, dass das mein Job ist?

Hier sehe ich durchaus Handlungsbedarf. Wir brauchen noch bessere Konzepte zur Unterstützung.

Schüler hingegen machen die häufigste Gewalterfahrung zu Hause. Das häufigste Messer, das in Deutschland bei Gewalttaten zum Einsatz kommt, ist das Küchenmesser, das im Kontext familiärer Gewalt aus der Schublade geholt wird. Straßengewalt ist im Kontext der Messerdelikte nicht das große Thema im Vergleich zu der anderen Seite.

Der gefährlichste Ort für ein Kind ist das eigene Kinderzimmer, sind die eigenen vier Wände – so bitter das auch ist. Wir haben zum Glück seit 2000 einen gesetzlich verankerten Anspruch auf gewaltfreie Erziehung, den wir aber noch lange nicht umgesetzt haben. Auch hier brauchen wir mehr Sensibilisierung, denn wenn wir eines über Jugendgewalt wissen, dann ist das die Gewalterfahrung der Täter – und die stammt in den allermeisten Fällen aus sehr viel jüngeren Jahren.

Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Dabei helfen Sensibilisierung sowie zielgerichtete Angebote. Auch hier erlebe ich die Rechtsunsicherheit, dass Lehrkräfte sich häufig fragen, was sie in solchen Situationen machen sollen oder dürfen. Wir haben im SGB VIII über den § 8a einiges an Strukturen geschaffen. Aber ich frage mich, ob zum Beispiel bekannt ist, dass die Schweigepflicht nicht greift, sobald ich einen konkreten Gewaltverdacht habe.

Ich glaube, die Sensibilisierung für Gewalterfahrung von Kindern ist ein wichtiges Thema. Wenn wir Kinder früher aus diesen Gewaltspiralen lösen könnten, hätten wir später weniger Gewalt durch Jugendliche.

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank, auch für diesen Appell zum Abschluss. – Ich sehe keine weiteren Fragen. Von daher darf ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie sich heute die Zeit genommen haben und auch für Ihre Stellungnahmen im Vorfeld.

Vielen Dank, die Sitzung ist geschlossen.

gez. Florian Braun
Vorsitzender

Anlage

02.10.2023/11.10.2023

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Schule und Bildung

Sachstand Prävention von Messerattacken an Schulen
Vorlage 18/1262

am Dienstag, dem 5. September 2023
14.00 bis (max.) 15.00 Uhr, Raum E3 A02, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Professor Dr. phil. habil. Menno Baumann Fliedner Fachhochschule Düsseldorf University of Applied Sciences Düsseldorf	Prof. Dr. Menno Baumann	18/746
Wolfgang Kahl Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention Bonn	<i>keine Teilnahme</i>	---
Guido Schenk (und Andrea Salomon) Selbst & Bewusst eG Möhnesee	Andrea Salomon Guido Schenk	18/661
Anna-Kathrin Großmann M.Sc.Psychologin, Kinder- und Jugendlichenpsychothera- peutin Landeshauptstadt Düsseldorf Der Oberbürgermeister Amt für Schule und Bildung Zentrum für Schulpsychologie 40/43 Düsseldorf	Anna-Kathrin Großmann	18/741